Abendausgabe

Nr. 84 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 42

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag
19. Februar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Sozialdemokratie und Krisenhilfe.

Auseinandersetzungen im Hauptausschuß des Reichstags.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Freitag die Debatte über die Erklärung der Reichsregierung zur Finanz- und Wirtschaftslage fort. Erschienen waren Reichskanzler Dr. Luther, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold und Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Als erster Redner sprach der Genosse Dr. Hertz.

Genosse Hertz führte aus: Der Ton in der gestrigen Rede des Herrn Finanzministers hat ganz anders geklungen als der in seinen Reden im Plenum. Wenn der Finanzminister durch die weitgehenden Anträge der Deutschnationalen Angst vor der eigenen Courage bekommen hat, so würde ich dafür einiges Verständnis aufbringen. Die Ausführungen des Finanzministers geben Anlaß, das Steuersenkungsprogramm noch kritischer zu betrachen als es mein Kollege Hilferding getan hat. Der Herr Finanzminister hat erklärt, wir müßten an diese Steuersenkungen herangehen, weil es eine allgemeine Uebereinstimmung sei, daß die Wirtschaft mit Steuern überlastet ist. Zu dieser Uebereinstimmung fehlt unsere Zustimmung. Wir teilen die Auffassung der Unternehmer nicht, daß eine allgemeine Ueberlastung der deutschen Wirtschaft mit Steuern vorliege. Nach den verschiedenen Herabsetzungen für 1924 und 1925 kann man nicht mehr behaupten, daß die Steuerleistungen die Krise wesentlich verschärft haben.

Es gibt kein Steuersystem in der Welt, daß die Lasten so ungerecht verteilt wie das unsere.

Nicht nur der Unterschied zwischen der Massen- und Besitzbelastung ist scharf zu verurteilen, sondern auch die Verteilung der Lasten innerhalb der Kreise der selbständigen Wirtschaft. Einen einzigen Hinweis möchte ich in diesem Zusammenhang machen. Nach der Antwort der Regierung auf eine Anfrage im Preußischen Landtag steht es fest, **daß ein erheblicher Teil der Großlandwirtschaft steuerfrei ist**, während die kleine und mittlere Landwirtschaft nach Pauschalsätzen veranlagt wird und Steuern zu entrichten hat.

Der Finanzminister will die Steuern senken, mit den Reserven, die das bisherige Steuersystem gebracht hat. Er hätte sich fragen müssen, wer denn diese Ueberschüsse geliefert hat. Diese Ueberschüsse sind aus **der Ueberspannung der Massenbelastung erzielt** worden. Darum können wir eine Senkung der Besitzsteuern unter keinen Umständen billigen. Mit der Senkung der Umsatzsteuer, die eine Forderung der Sozialdemokratie gewesen ist, sind wir einverstanden. Sie wird aber eine preisermäßigende Wirkung nur dann haben, wenn gleichzeitig wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden, die die Wirkung der Steuersenkung erzwingen.

Der Reichskanzler verlangt, daß der Ausschuß Stellung nehmen soll zum Wirtschaftsprogramm der Regierung. Ich wäre ihm dankbar, wenn er uns dieses Programm erst einmal vortragen wolle, denn das, was wir gestern gehört haben, gab keine Antwort auf die Frage: Wie kommen wir aus der Wirtschaftskrise heraus? Die Hauptursache der Krise ist die ungeheure Absatzstockung, hervorgerufen durch die mangelnde Kaufkraft des Volkes. Die Maßnahmen, die die Regierung vorschlägt, bedeuten nicht mehr als eine kleine Ankurbelung der Wirtschaft ohne Stärkung der Kaufkraft.

Eine Ueberwindung der Krise ist nur durch eine starke Senkung der Preise und eine Anpassung der Produktionskosten

an die gesunkenen Preise möglich. Der Reichsarbeitsminister hat mit seiner pessimistischen Betrachtung recht, daß wir noch lange Zeit hinaus mit einer großen Erwerbslosenziffer zu rechnen haben.

Das Wohnungsprogramm der Regierung ist völlig unzulänglich.

Aus den Erklärungen der Regierung gewinnt man den Eindruck, als ob sie die Erwerbslosenunterstützung als eine unproduktive Aufgabe betrachte. Hat nicht die Erfahrung gezeigt, wie die jahrelange Unterernährung im Jahre 1918 gesunkene Arbeitsfähigkeit zur Folge hatte? Wollen Sie durch eine mangelhafte Unterstützung wieder solchen wirtschaftlichen Niedergang hervorrufen, wie wir ihn kaum glücklich überwunden haben? Was uns not tut, ist nicht eine Notgemeinschaft der Worte, sondern eine **Notgemeinschaft der Tat.** Und auf die warten wir noch!

Nachdem Abg. **Hergt**, der die Finanzpolitik der Regierung als bedenkenlos kritisierte, ergriff der Reichskanzler Dr. **Luther** das Wort. Der Regierung sei der Vorwurf gemacht worden,

ihr Plan sei planlos.

Dieser Vorwurf verkenne, daß man jetzt zu den öffentlichen Finanzen eine andere Stellung einnehmen müsse als im Herbst 1923. Damals stand die Rettung und der Schutz der Währung im Vordergrund. Nachdem wir die Währung gesichert hatten, gingen wir an den planmäßigen Abbau der Steuern, den wir konsequent bis zum Herbst vergangenen Jahres durchgeführt haben.

Wie aber ist unsere Lage jetzt? Jetzt steht statt des Wortes „Währung" das Wort „Wirtschaft" im Mittelpunkt. Der Zusammenbruch aufgeblähter und ungesunder Unternehmungen war unvermeidlich. Den gesunden und erhaltenen Teil der Wirtschaft aber müssen wir wieder heben. Damit die Wirtschaft sich erholt, wollen wir die öffentlichen Lasten vermindern. Die Vorsicht darf nicht so weit gehen, daß die Antriebskräfte gelähmt werden, zumal die Erholung der Wirtschaft die Mindereinnahmen durch Steuersenkung kompensieren würden. Außerdem will die Regierung außerordentliche Ausgaben auf Anleihen nehmen. **In diesen beiden Maßnahmen ist das Programm der Reichsregierung zu erblicken.** Es ist ein Wagnis, aber wir glauben an den Erfolg.

Dr. **Luther** beschäftigte sich dann mit den Vorwürfen, die der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung vom Genossen Hertz gemacht worden waren. Wenn die Preissenkung keinen größeren Erfolg gehabt habe, so in erster Linie, weil sie unter den politischen Hemmungen der Opposition litt. (Gelächter links.) Der Lebenshaltungsindex sei von Oktober bis Januar um 5 Proz. gesunken. (Zuruf: Wegen der sinkenden Getreidepreise!) Schädliche Kartelle seien noch nie so bekämpft worden, wie im ersten Kabinett Luther. **Besonders heftig bestritt Luther die Richtigkeit der Vorwürfe gegen seine Zoll- und Handelspolitik.** Die gewaltigen Preissteigerungen, die von der Opposition angekündigt waren, seien doch nicht eingetreten. (Zuruf: Weil der Weltmarkt Sie im Stich gelassen hat.) Das Ziel der Regierung sei auch möglichst weitgehender Abbau der europäischen Zollmauern, darauf werde sie weiter hinarbeiten.

Auf falschem Gleise.

Die Reichsbahn fährt in schwere Konflikte.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat das Reichsbahngericht in Leipzig zur Entscheidung über die Zulässigkeit der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen im Schlichtungsverfahren angerufen. Sie behauptet, daß die allgemeinen Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts nur insoweit für die Gesellschaft und ihre Arbeiter Geltung haben, als sie mit dem Reichsbahngesetz nicht in Widerspruch stehen. Die Verwaltung läßt bei jeder Gelegenheit verkünden, daß die Pfenniglohnzulage nicht durchführbar sei, weil sie die Reichsbahn aus dem wirtschaftlichen Gleichgewicht bringe.

Wiederholt haben sich Parlament und Oeffentlichkeit mit der Finanzgebarung der Reichsbahn beschäftigt, und dabei festgestellt, daß die Not wahrlich nicht so drückend ist. Eine nicht unwesentliche Rolle in der öffentlichen Diskussion spielt die Gewährung sogenannter Leistungszulagen. Die Reichsbahn behauptet, daß diese den reichsbahngesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Der § 26 Abs. 3 des Reichsbahngesetzes verleiht in der Tat der Gesellschaft das Recht, in besonderen Fällen Vergütungen zu gewähren, solange diese nicht 5 Proz. des gesamten Aufwandes für die Dienstbezüge der Beamten übersteigen. Diese Kann-Vorschrift besagt, daß die Hauptverwaltung jährlich 53 Millionen Mark an Leistungszulagen — in Eisenbahnerkreisen Korruptionszulage genannt — zahlen kann. Davon macht sie auch ausgiebigen Gebrauch.

Das Reichsbahngesetz besagt ferner im § 26 Abs. 4, daß die Gesellschaft die Dienstbezüge der leitenden Beamten selbständig bestimmt; der Kreis der „leitenden Beamten" wird vom Verwaltungsrat festgesetzt. Auch dieser Passus findet eine Auslegung, die den davon Betroffenen Veranlassung zu Klagen nicht geben. Leitende Beamte sind außer dem Generaldirektor und dessen Stellvertreter die acht Direktoren, die gemeinsam den Vorstand der Reichsbahngesellschaft bilden. Die Höhe ihres Einkommens ist allerdings undurchdringliches Geheimnis. Der Oeffentlichkeit ist nur bekannt, daß die sogenannten leitenden Beamten das Doppelte dessen erhalten, was der Reichsbeamte gleicher Stellung erzielt. Auch die Eisenbahnpräsidenten und die nicht dem Vorstand angehörenden Eisenbahndirektoren werden reichlich mit Repräsentationszulagen bedacht. An Sorge für das Wohl dieser Herren bleibt also nichts zu wünschen übrig. Die Ausstattung der Dienstwohnungen läßt nichts ahnen von der Armut der Reichsbahn. Diese tritt nur zutage, wenn Tragbahren und Verbandsmaterial gebraucht werden für die armen Opfer einer unzulänglichen Betriebsführung, und wenn Löhne und Gehälter der schlecht bezahlten Gruppen eine mäßige Erhöhung erfahren sollen.

Die Noblesse der Reichsbahn gegenüber den obersten Beamten hält man als durchaus vereinbar mit der gesetzlichen Bestimmung (nach § 2 des Reichsbahngesetzes), daß der Betrieb unter Wahrung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen ist. Die volkswirtschaftlichen Interessen sind aber sofort gefährdet, wenn ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch erfüllt werden soll. Sofort wendet man sich mit allen Finessen gegen die Durchführung des Schiedsspruches, weil ein Zwangseingriff gegen das neue und selbständige Bestimmungsrecht unerträglich ist und gegen das Reichsbahngesetz verstößt. Die Geltung des allgemeinen materiellen Arbeitsrechts für den Eisenbahnbetrieb bestreitet die Reichsbahn zwar nicht; aber nur, soweit ein Schiedsspruch einen Vorschlag an die Parteien darstellt.

In der Begründung ihres Antrages an das Reichsbahngericht vertritt die Reichsbahn den Standpunkt, daß die Verbindlichkeit unmittelbar die Grundlagen berühre, auf denen das Reichsbahngesetz die großen Aufgaben der Reichsbahn für die deutsche Wirtschaft und für die Reparationen aufgebaut hat. Die Entscheidung über die Löhne einer außerhalb der Reichsbahn stehenden Stelle zu übertragen, bedeute, daß diese Stelle auch die Verantwortung für Gedeih und Verderb des Betriebes und für seine Auslieferung an den Eisenbahnkommissar tragen müsse. Deshalb hält die Reichsbahn jede Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches für unmöglich.

Das Reichsbahngericht in Leipzig wird in den nächsten Tagen zu entscheiden haben, ob die Zuständigkeit des Gerichts gegeben ist; wenn ja, so richtet sich der Einspruch der Reichsbahn gegen die Reichsregierung und die Verbindlichkeitserklärung. Die Reichsbahn vertritt die Auffassung, daß die Löhne ihre Regelung durch die Personalordnung finden, soweit sie nicht durch freie Willensäußerung vereinbart werden. Ueber die Lohnordnung soll der Verwaltungsrat entscheiden. Zu den Verwaltungsakten der Regierung, in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsorgan, soll die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen nicht gehören. Der § 19 Absatz 2 des Reichsbahngesetzes lautet:

„Die auf dem Gebiete des Arbeits-, Fürsorge- und Versicherungsrechtes allgemein geltenden Gesetze und Verordnungen gelten, soweit sie nicht diesem Gesetz oder der Gesellschaftsordnung widersprechen, auch für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft."

Nach dem Willen der Reichsbahn soll diese Bestimmung **der Schlichtungsordnung vorangehen.**

Der Streit um die Ratssitze.

Im Auswärtigen Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute vormittag mit der Situation, die durch den Streit um die ständigen Sitze im Völkerbundsrat entstanden ist. Nach ausführlichen Darlegungen des Reichsaußenministers sprachen Vertreter sämtlicher Parteien. Ein kommunistischer Antrag, das Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund zurückzuziehen, wurde abgelehnt. Der Vorsitzende stellte schließlich als die übereinstimmende Auffassung des Auswärtigen Ausschusses mit Ausnahme der Kommunisten fest, daß das Gesuch Deutschlands um die Aufnahme in den Völkerbund unter der Voraussetzung gestellt worden ist, daß entsprechend den gepflogenen internationalen Verhandlungen und den dabei gegebenen Zusagen Deutschland bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbunds einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhält, ohne daß dabei eine weitere Aenderung in der Zusammensetzung des Rates eintritt.

Schwindende Hoffnungen in Paris.

Paris, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das französische Auswärtige Amt dementiert seine Meldung der „Chikago Tribune", wonach Briand in der Unterredung mit dem deutschen Botschafter sich bereit erklärt haben soll, die französische Forderung nach einem permanenten Sitz Polens im Völkerbundsrat fallen zu lassen. Es scheint, daß Frankreich gegenüber Polen bindende Verpflichtungen eingegangen hat und infolgedessen gezwungen ist, Polens Kandidatur diplomatisch zu unterstützen. Andererseits gibt man sich zweifellos darüber Rechenschaft, daß die **Kandidatur Polens im Augenblick wenigstens ganz aussichtslos** ist. Auf Grund der vorliegenden Meldungen werden außer England auch Japan und Schweden gegen die Aufnahme Polens als permanentes Mitglied des Rates stimmen. In den diplomatischen Kreisen neigt man infolgedessen zu der Auffassung, daß der Völkerbund in seiner am 8. März beginnenden Tagung, die sich auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbundsrat beschränken wird, die Frage einer Erweiterung des Rats durch Vermehrung der permanenten und nichtpermanenten Sitze bis zum Herbst vertagen wird.

Eine französische Stimme gegen neue Ratssitze.

Paris, 19. Februar. (WTB.) Das „Journal des Débats" wendet sich dagegen, Polen und zwei andere Staaten gleichzeitig **Völkerbundsratssitze zu übertragen; Durch dieses System würde man** den Völkerbund wahrscheinlich ruinieren. Ein Exekutivausschuß, bestehend aus etwa 20 Mitgliedern, die einstimmige Beschlüsse treffen müßten, würde zu nichts führen. Wenn man andererseits die Einstimmigkeit der Beschlüsse in vitalen Fragen aufheben würde, würde man dadurch gerade die Souveränität der Staaten aufheben. Das wünschen die Anhänger der Vereinigten Staaten von Europa aber nicht.

Die Mossul-Debatte im Unterhaus.

England als Treuhänder.

London, 19. Februar. (WTB.) Chamberlain erklärte im Unterhaus zu der Behauptung, die britische Regierung habe es auf die Oelquellen im Irak abgesehen, eine handgreiflichere Unwahrheit sei noch nicht dagewesen. Im März vergangenen Jahres sei die türkische Regierung mit dem Vorschlag an ihn herangetreten, diese Frage außerhalb des Völkerbundes zu regeln. Die Grundlage des Vorschlages sei gewesen, daß die Türkei so viel vom Vilajet Mossul erhalten sollte, wie sie wünschte, und daß auf der anderen Seite eine von der britischen Regierung genehmigte Gesellschaft das Recht auf Ausbeutung sämtlicher Oelquellen erhalten sollte. Wenn wir also, fuhr der Minister fort, es auf Oel abgesehen hätten, so hätten wir die Oelkonzession in Mossul und jede beliebige andere Konzession erhalten können. Die Antwort der britischen Regierung lautete, daß wir die Treuhänder für den Irak seien, daß wir nicht die Besitzer, sondern Mandatare seien, und daß wir als Mandatare und Treuhänder nicht die Rechte und Interessen des Irak im Austausch gegen eine Konzession an britische Kapitalisten verschachern könnten.

Zu den Angriffen der Opposition erklärte Chamberlain: Macdonald habe, um die Regierung anzugreifen, den Völkerbundsrat angegriffen. Seine Beschuldigungen seien sehr ernst: Wenn diese Ansichten von einer großen Partei, der Arbeiterpartei, gepredigt würden, so müßten sie Ansehen und Autorität des Völkerbundes untergraben. Nichtsrechtfertige diese beleidigenden Angriffe, die, wenn sie gegen den großen Rat aller Nationen gerichtet werden, eine Beleidigung jeder Nation darstellten, derer Vertreter dort hingingen. (Laute Beifallsrufe auf der Regierungsseite.) Macdonald erwiderte, daß ihm nichts ferner gelegen habe als dies.

Budapester Parlamentskämpfe. Der sozialistische Abgeordnete Peyer wurde wegen beleidigender Zwischenrufe auf 30 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. In einem Säbelduell mit einem „Kollegen" **wurde der Abgeordnete Peter verwundet.**

Diese Stellungnahme offenbart das Bestreben der Reichsbahn, sich außerhalb der sozialen Gesetzgebung zu stellen. Die Schlichtungsordnung erkennt sie nur an, soweit sie sich in ihrer Auswirkung nicht gegen sie selbst richtet. Im März 1925, als die Zwangseinigung mit den Arbeitern erfolgte, hat sie den für verbindlich erklärten Schiedsspruch noch angenommen. Ihr dabei zum Ausdruck gebrachter Protest konnte freilich nur als ein Rückzugsgefecht gewertet werden.

Die Geduld der Eisenbahnarbeiter wird wahrhaftig auf eine harte Probe gestellt. Sie können auf ihre Pfennigzulage monatelang, ja vielleicht jahrelang warten. Auch wenn das Sondergericht in Leipzig aus Gründen der Unzuständigkeit eine Entscheidung ablehnt, so läßt die Reichsbahn es anscheinend auf den Ausgang der Lohnklage ankommen, die von den Gewerkschaften beim Landgericht Berlin eingereicht ist und die möglicherweise alle Instanzen bis zum Reichsgericht durchlaufen wird. Der Reichsbahn verschlägt es nicht, daß der Streitfall sich mit der Länge der Zeit immer mehr kompliziert, daß die Gewerkschaften Tausende von Mark vorstrecken müssen, um zu einer, von keiner anderen Stelle bestrittenen Rechtserfüllung zu gelangen, die eine klügere und besser beratene Betriebsleitung nicht versagen würde.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft läßt in allen ihren Handlungen einen Geist der Unvernunft und der Autokratie erkennen. Der Wind, den sie sät, kann leicht einen Sturm entfachen, stark genug, um eine Bewegung zu schüren, die Unheil bringt. Es ist wahrlich an der Zeit, Umkehr zu halten, ehe unübersehbarer Schaden angerichtet wird!

Kommunistische Versager.

Fernbleiben von der Entscheidung — Ausreden hinterher!

Die Kommunisten empfinden ihr Versagen in der Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages offenbar selbst als blamabel; sie suchen aber die Sache möglichst zu vertuschen und, wie das bei ihnen selbstverständlich ist, die Schuld auf die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion abzuwälzen. Erst in einer Beilage findet die „Rote Fahne" den nötigen Platz zur Behandlung der fraglichen Vorgänge. Sie behauptet, unser Redner habe, als der Enteignungsantrag zu begründen war, die momentane Abwesenheit des Abg. Schwarz benutzt, um die Begründung des Antrages kurz abzubrechen, die bürgerlichen Parteien hätten verständnisvoll auf das Wort verzichtet, und rasch sei die Abstimmung herbeigeführt worden.

Also ein Komplott gegen die Kommunisten? In Wahrheit sind alle diese Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen. Nachdem in der Generaldebatte der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag von den Rednern der beiden antragstellenden Parteien in vielen langen Reden begründet worden war, lag für unsere Vertreter kein Grund vor, nochmals ausführlich zu sprechen, um so weniger, als Genosse Rosenfeld noch in der gestrigen Sitzung als letzter Redner eingehend in der Generaldebatte gesprochen hatte. Es ist also nicht richtig, daß unser Redner die Begründung kurz abgebrochen hätte. Ebensowenig ist die Behauptung wahr, daß die bürgerlichen Parteien auf das Wort verzichtet hätten. Es hatte sich überhaupt nur ein Redner gemeldet, der Demokrat v. Richthofen, und dieser hat sogar gesprochen. Von einer Benutzung der „momentanen Abwesenheit" des Abgeordneten Schwarz durch den Ausschuß kann also keine Rede sein. Schwarz war außerdem an diesem Tage zum ersten Male im Rechtsausschuß erschienen und hätte daher selbst beim besten Willen nichts Erhebliches zu sagen gewußt.

Es bleibt schon dabei: In dem Augenblick, als es galt, für den Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzutreten, war überhaupt kein Kommunist anwesend, und die Vertretung dieser Forderung fiel allein den Sozialdemokraten zu. In dem Augenblick ferner, als es darauf ankam, für diesen Antrag zu stimmen, war ebenfalls kein Kommunist anwesend, und der Antrag erhielt daher nur die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion!

Die Zentrale der Kommunistischen Partei erteilte übrigens jetzt dem Abg. Korsch wegen dieses Vorfalles „wegen unbegründeter Versäumnis der parlamentarischen Arbeiten eine scharfe Rüge". Das beweist nicht nur, daß in der Kommunistischen Partei nur diejenigen bestraft werden, die gerade, wie augenblicklich Korsch, in Moskau in Ungnade gefallen sind, sondern auch, daß in der Tat eine schwere Versäumnis der drei kommunistischen Mitglieder des Rechtsausschusses vorliegt; ein Versäumnis, das die kommunistische Presse, wenn es in der sozialdemokratischen Fraktion festzustellen gewesen wäre, wochenlang zu einer Hetzkampagne ausgenutzt hätte. Wir haben lediglich die Tatsachen festgestellt. Das Urteil werden sich die Arbeiter selber bilden.

Preußens Innenpolitik.

Weitere Ausführungen Severings im Hauptausschuß.

Der preußische Innenminister, Genosse Severing, beantwortete in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Landtages Fragen einzelner Redner. Er führte u. a. aus, daß die Bevölkerung und die Wirtschaftsstände in Schaumburg-Lippe und Lippe-Detmold an sich für den Anschluß an Preußen seien. Es seien aber in letzter Zeit Verzögerungen in der Anschlußfrage entstanden. Preußen habe daher die Absicht, den beteiligten Ländern zu erklären, daß es, sofern nicht die Aussicht bestehe, daß noch in diesem Jahre der Anschluß durchgeführt werde, am 1. April die weiteren Verhandlungen abbrechen würde. In letzter Zeit habe sich die welfische Agitation der Sache bemächtigt; sie behaupte, Preußen wolle auch Lippe „schlucken". Er lege Wert darauf, zu erklären, daß die Anregungen wegen des Zusammenschlusses von der lippischen Regierung ausgegangen seien. Der Minister kommt darauf auf die politische Einstellung der Kreisblätter zu sprechen und ist der Meinung, daß durch seine Einwirkungen eine Besserung eingetreten sei. Einem Blatt, das bewußt die Regierung verunglimpfe, könnten keine staatlichen Aufträge gegeben werden. Wenn eine Behörde, so führte er weiter aus, sich über die Anweisungen des Ministers hinwegsetze und demonstrativ die schwarzweißrote Flagge hisse, so würde er diese durch die Polizei entfernen lassen. Dringend erforderlich sei eine Verschärfung der jetzigen Bestimmungen über Waffenträgen und über den Handel mit Waffen. Das Ministerium habe für die Prüfung von Staatsbanken, Sparkassen usw. einen besonderen Sachverständigen eingestellt, der unerwartete Prüfungen vorzunehmen habe.

Die Auseinandersetzungen Held-Mussolini und Stresemann-Mussolini hätten die Verhandlungen über die Polizeiangelegenheiten in Paris nicht erleichtert.

Er müsse es aber entschieden ablehnen, genaueres über den Stand der Verhandlungen mitzuteilen, um diese nicht zu stören. Was den Erlaß für Nordschleswig angehe, so handle Dänemark gegenüber der deutschen Minderheit genau so entgegenkommend wie Preußen. Die Haltung der polnischen Regierung gegenüber den Deutschen in Ostoberschlesien sei auf das schärfste zu verurteilen.

Minister Severing erklärt schließlich, nach den ihm vorliegenden Statuten dienten gewisse Wehrorganisationen nicht allein der Wehrhaftigkeit der Jugend, sondern seien ausdrücklich **dafür bestimmt, den inneren Feind zu bekämpfen, namentlich Sozialisten, Kommunisten und Pazifisten.** Deshalb sei er auch nicht dafür gewesen, daß 1922 Freikorps nach Oberschlesien gingen. Aufschluß über diese Dinge werde der Reichstagsausschuß für die Fememorde noch bringen.

In der Abstimmung wird der Ersparnisantrag des Zentrums, der eine Reihe von Streichungen an den Etatpositionen vornehmen will, angenommen. Ueber die Anträge zur Polizei soll erst beim Polizeietat abgestimmt werden. Damit war die Vorberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern bis auf den Abschnitt Polizei beendet.

Französische Kriminalbeamte in Berlin.

Wegen der Frankenfälschung.

In der Angelegenheit der ungarischen Frankenfälscheraffäre trafen im Laufe der gestrigen Nacht die französischen Kommissare Doulcet und Gravier in Berlin ein. Heute vormittag wollten sich die französischen Herren dem Polizeipräsidenten vorstellen. Da der Präsident jedoch nicht anwesend war, führte der Vizepräsident Dr. Friedensburg die Unterredung. Es handelt sich größtenteils um die Besprechung der Untersuchungen in technischen Einzelheiten. Vor allen Dingen soll festgestellt werden, wie die ungarischen Fälscher sich der Mithilfe des in Berlin verhafteten Schulze zu verschaffen suchten. Da die ganze Angelegenheit bereits aber der Staatsanwaltschaft übergeben ist, wird es von dem Untersuchungsrichter abhängen, ob die französischen Herren bei dem Verhör zugelassen werden.

Behrens, Meyer & Cie.

Notwendige Fragen.

Reichstagsabgeordneter Schmidt-Köpenick schreibt uns:

Nach übereinstimmenden Berichten aus dem Untersuchungsausschuß über die Fememorde in der „Deutschen Tageszeitung" und dem „Vorwärts" hat der Landtagsabgeordnete Deerberg (Dnat.) an den Zeugen Meyer folgende Frage gestellt: „Sind Ihnen von den Arbeitgebern außer diesen 5000 M. jemals Gelder zur Verfügung gestellt oder angeboten worden?" Darauf erwiderte Meyer in ganz bestimmter Form: „Nein. Niemals!"

Mit der persönlichen Form dieser Fragestellung wird von den Deutschnationalen eine Ehrenrettung des Zentralverbandes der Landarbeiter beabsichtigt. Herr Meyer konnte ruhig antworten, daß ihm persönlich weiter kein Geld zur Verfügung gestellt wurde. Wäre aber die Frage gestellt worden, ob dem Zentralverband oder dessen Angestellten Geld aus Arbeitgeberkreisen zur Verfügung gestellt wurde, dann hätte er sicher nicht so klar und bestimmt geantwortet.

Ich empfehle, folgende Fragen zu stellen:

1. Sind dem Zentralverband der Landarbeiter, beziehungsweise den ehrenamtlichen oder besoldeten Angestellten dieses Verbandes direkt oder indirekt Gelder aus Arbeitgeberkreisen, deren Verbänden oder Landbünden überwiesen worden?

2. Sind diese Gelder auf dem Umwege über die evangelisch-soziale Schule in Spandau oder deren Bezirksstellen im Reiche überwiesen worden?

3. Wie sind die Namen der Vertreter des Zentralverbandes der Landarbeiter, die am 15. März 1921 in Dresden vom Landbund beziehungsweise dessen Ausschuß für Arbeitgeberinteressen 100 000 M. zur Stärkung ihrer Organisation erhalten und sich vertraglich zu Diensten der Arbeitgeber verpflichtet haben.

4. Ist es zutreffend, daß im Jahre 1924 ein Vertrag mit ungefähr gleichem Inhalt und gleicher Summe für die Provinz Sachsen zwischen Arbeitgeberverband und dem Zentralverband der Landarbeiter abgeschlossen worden ist?

5. Für welchen Zweck wurden am 28. Januar 1922 an einen Sekretär des Zentralverbandes vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes, beziehungsweise Landbundes 10 000 M. zur Verfügung gestellt?

Zu Punkt 3 und 4 empfehle ich als Zeugen zu vernehmen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hartmann, Bezirksleiter des Zentralverbandes, ferner die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Giese und Wolf-Stettin. Die beiden letzteren sind waschechte gelbe Landarbeiterführer. Sie sind es, die am 15. August 1924 in dem Organ der gelben Landarbeiter, dem „Reichslandarbeiterbund", die Verträge veröffentlichten, die zwischen den Arbeitgebern und den Zentralverbändlern über finanzielle Unterstützung des Zentralverbandes abgeschlossen wurden. Sie sind auch sicher in der Lage, die Namen der Vertragschließenden zu nennen und auch noch mehr über die verkappten Gelben, die Zentralverbändler, bekanntzugeben.

Aber vielleicht weiß dies noch besser der obengenannte Zentralverbändler Hartmann. Ganz allgemein empfehle ich noch folgende Zeugen zu vernehmen: Gutsbesitzer Wendenburg-Seeburg (Bezirk Halle), Graf Keyserlingk, Freiherr v. Richthofen, letztere beide in Schlesien, und auch im Zusammenhang mit beiden letzteren Herren den Reichstagsabgeordneten Hülser, auch deutschnational.

Mit der Fragestellung des Landtagsabgeordneten Deerberg wurde über den Rahmen der Aufgaben des Ausschusses hinausgegangen. Wollen also die Deutschnationalen dazu beitragen, den Zentralverband der Landarbeiter von einem bestimmten Verdachte zu reinigen, dann ist dazu Gelegenheit geboten.

Boris Godunow.

(Staatsoper.)

Seit „Wozzek", dem künften Vorstoß in die moderne Musikdramatik, war die Staatsoper still. Nun kommt sie mit einer prächtigen Erstaufführung des „Boris" von Mussorgsky heraus, und ist des Dankes aller derer sicher, die sich vor diesem Werk russischer Naturalistik tief verbeugen. Eine Szenenfolge aus Puschkins gleichnamigem Drama, ein Gemisch aus nationalem Gepränge, Schicksalsszenen, lyrischen und idyllischen Nummern, visionärer Schau, Kirchentönen, Volkslied. Sicher kein Drama in deutschem Sinne, keine Psychologie und kein großer Aufbau im ganzen. Nicht gar vieles geschieht, und eigentlich bestehen all diese Szenen nur aus einem zentralen Monolog, Duett, Tanz oder Volksgesang, aus einem Rahmen, der nicht völlig mit Inhalt durchsetzt ist. Politik und Liebe, Verbrechen und Reue, Kirche und Knechtung, Pomp und Einfalt ergänzen sich, treffen sich, befehden sich. Kontraste genug, um eine Oper nach russischem Geschmack, ein Mosaik an Bildern zu schaffen. Die Musik Mussorgskys, in der leuchtenden Instrumentation Rimsky-Korsakoffs (o welche uneigennützige Freundestat!) fesselt von Anfang an, sie macht auch Banales im Text vergessen. Einerlei, ob er schöpferisch wird im Gebet eines Volkes, im Kinderlied, ob er eine fruchtbringende Aera der nervösen Akzente schafft, ob er sich im Pathos ausfingt oder in einer Wahnsinnsepisode austobt — der Schöpfer waltet seines Amtes, so vielseitig, wie der Rausch einer Welthistorie es ihm eingab. Ob das alles geschichtlich stimmt — wer fragt danach! Jede Szene hat ihren Sonderreiz, und die Atmosphäre der Klosterzelle ist anders in Akkorde gehüllt wie der Krönungsakt und die Phantasiegorgie des Blutzaren. Alte Oper und neue Oper, 1820 und 1920, treffen sich in diesem Zentrum von 1870, das Mussorgsky hieß und ausgepfiffen wurde. Wir pfeifen nicht mehr, nachdem wir am Stelzendrama Meyerbeers, am pathetischen Hochflug Wagners, am hypermodernen Expressionismus gelernt haben, allen gerecht, allen ungerecht werden zu dürfen. Hier ist die seltsame Mischung, Vorahnung zugleich und Rückendeckung. Ein Musikdramolet für die Feinnervigen wie für alle, die ein Schauspiel in der Oper lieben. Zwischen Alltag und Festtag, Erde und Hymnus schwankend — ein menschliches Bekenntnis des Vaterlandfreundes.

In der Mitte, leidend und erlebend, steht das Volk. Das war vorher nicht in der Oper. Und über ihm schwebt mit der Knute, die strafft, ein Verhängnis, das richtet. Blutiat will Opfer. Und sie nimmt Rache an dem Verbrecher Boris. Erlösende, freimachende Apotheose der Weltgerechtigkeit.

Die großen Volksszenen hat Hörth mit feiner, biegsamer, reicher Einfühlung in Massenpsyche gestaltet, gegliedert, bewegt. In der Symmetrie eines von Pirchan üppig entworfenen Bildes vom Moskauer Kreml wird diese Volksbewegung wirklich lebendig. Auch der Schloßgarten von Sandomir und die Klosterzelle zeigen die Phantasie eines malerischen Kopfes. Stille und Lautheit scheinen von der Partitur auf Licht und Farben abzugleiten, auf Glanz und Wirkung der Kostüme. Musterhaft der Chor. Schwungvoll ein Orchester, dem Széll präzis vorsteht. Das Großdämonische der menschlichen Kreatur hat von den Solisten nur Frau Arndt-Ober. Das Werk könnte nach ihr, nach ihrer in allen Phasen weiblicher Eitelkeit, Schönheit, Sinnlichkeit und Leidenschaft schillernden Schauspielkunst Marina heißen. Da ging ein Mensch in seiner Rolle auf, weil er in sich alle Einzelzüge dieser komplizierten Rolle sammelte und wiederfand. Dworsky sang den Dimitri mit edler warmer Stimme, im Liebesgesang mit Marina sich selber zu heroischer Geste steigernd. Lustig der dick-humorige Bettelmönch Helgers, ergreifend Brauns Eremit.

Und nun Boris Godounow: Theodor Scheidl. Jeder Zoll ein König, jede Miene Entsetzen, jede Bewegung Nerv. Das Leiden hat ihn gezeichnet, die Zermarterung treibt Furchen in sein Antlitz. Er singt schön, voll, rund, glatt. Aber der große Monolog packt nicht mit Teufelskrallen an unser Herz. Der Mann, der den Borromeo, den Don Giovanni, Gianni Schicht lebendig gestaltet, bricht nicht selber unter der Wucht eines Schicksals, eines Verbrechens zusammen. Die augenblickliche Zerknirschung, Tollheit, Märtyrerschaft eigener Schwäche bleibt bewußt, wird nicht elementar. Eine große Leistung der sinnlichen Beherrschtheit, nicht der Unbeherrschtheit; der Schöngesang verdirbt gerade in den hitzigsten Momenten diesen Menschen der Verderbnis. Als Schützendorf den Boris in seiner unvergeßlichen Aufführung der Volksoper sang, riefen wir nach Bohnen. Jetzt, wo uns Scheidl ästhetisch glänzend, dramatisch, als ein russischer Macbeth, unvollkommen erschien, rufen wir nach Schützendorf. Und da wir nun wieder unbescheiden sein dürfen, nach Schaljapin. Der wird wohl jenes unerklärliche Daimonive in sich tragen, das dem Zaren Scheidl so fehlte wie dem Rangoni Spickers. Je höher die Leistung eines Opernhauses, um so höher die Ansprüche eines Publikums. Auch der Kritiker ist Publikum. Kurt Singer.

Das dreimal gekreuzigte Drama. Karl Aloys Schenzinger ist der Erfinder eines Dramas, das keinen Titel trägt. Anstatt des Titels sind drei symbolische Kreuze gesetzt. Wie man weiß, zeichnen die glücklichen Leute, die weder schreiben noch lesen können, die Schöpfungen ihres Geistes mit solchen Kreuzen. Es liegt also der Verdacht nahe, daß der Theaterdichter Schenzinger zu dieser besonderen, heute mehr und mehr aussterbenden Menschenklasse gehört. Es liegt ferner der Verdacht nahe, daß dies dreifach gekreuzigte Drama schon tot war, ehe es vor das Rampenlicht gelangte. Bei genauer und liebevoller Prüfung bestätigt sich der doppelte Verdacht. Da das dreifach gekreuzigte Drama also schon tot war ehe es lebendig wurde, behandeln wir es mit der Teilnahme jenes schönen Lateinerspruches, der da gebietet: über die Toten nichts als Gutes. Gemeldet wurde nur, daß die Erwecker der Literaturgesellschaft „Junge Generation" dies Naturphänomen, würdig der Schreckenskammer eines Panoptikums, dem Trianon-Theater zuführten. Mehr darf nicht verraten werden, denn man würde Autor und Stück nur schädigen, wollte man ihnen mit irgendwelcher Kunstbetrachtung begegnen. M. H.

Singakademie: Erstes Vierteltonkonzert. Alois Haba hielt zu Eingang des Abends einen Vortrag über das Vierteltonsystem, über die Versuche und Konstruktionen von vierteltönigen Klavierinstrumenten, über die kombinatorischen Möglichkeiten des Systems und über den Stil einer noch zu schaffenden Vierteltonmusik. Für alles das ist er schon mehrfach schriftstellerisch eingetreten. Das Publikum sah gespannt den konzertlichen Darbietungen des Abends entgegen. Erwin Schulhoff spielte Stücke von Absolventen der Viertelton-Kompositionsklasse des Prager Konservatoriums; eine Etude von Ponc, Suiten von Karel Haba und Rubin und zwei lange, anspruchsvolle Phantasien von Alois Haba, denen die Zuhörer zum Teil nicht zu folgen vermochten. Eine Vorliebe für Gleitwirkungen fällt bei all den Werken sinnfällig heraus. Kompositionen für ein Tasteninstrument, das aus der Natur des Spiels heraus vertikale Stauungen bevorzugen muß, werden vielleicht schwerer für das neue System als solche für Streichinstrumente, bei denen die melodischen Werte kleinerer Tonabstände in erster Linie herausspringen. Die Zuhörerschaft war interessiert, aber voll kritischer Einstellung. S. G.

Totenmasken sterbender Häuser? Eines der wenigen Wohnhäuser, die aus der Zeit Friedrich II. in Berlin übriggeblieben sind, soll jetzt abgerissen werden: das kleine Haus Taubenstr. 42, noch aus der Zeit vor dem Siebenjährigen Kriege stammend. Das Gebäude, das zwischen Neubauten eingeklemmt steht, war schon seit längerer Zeit bedroht. Nun ist die Anregung aufgetaucht, die kleine Hausfront in Kunststein abzugießen und in den Gartenanlagen der Technischen Hochschule wieder aufzubauen. Die Kosten werden auf 6000 M. veranschlagt, werden ja aber nachher doch höher. Prof. Georg Voß wendet sich in der „Kunstchronik" grundsätzlich gegen diese Idee, die in Gips modellierte Fassade in einem anderen Material zu kopieren, das eine viel kräftigere Modellierung erfordern würde. Ein an sich gutes, aber doch bescheidenes Bauwerk derart wieder aufzubauen, würde gerade die Hochschuljugend nur zur Ueberschätzung einer Durchschnittsleistung friderizianischer Architektur verleiten. Eine solche Sentimentalität ist gerade in Berlin ganz unangebracht, wo man jahrzehntelang rücksichtslos die schönsten alten Häuser der Baulust geopfert hat. Nicht wieder aufgerichtet neben einer anspruchsvollen Palastfassade, wie derjenigen der Hochschule, aber gut photographiert und in einem Zeichensaale aufgehängt, würde das Haus, das längst der Spitzhacke verfallen ist, lehrend seinen Zweck erfüllen.

Volksbühne. Die Uraufführung von Paquets Schauspiel „Sturmflut" im Theater am Bülowplatz am Sonnabend, den 20. Februar, beginnt bereits um 7½ Uhr. — Zuspätkommende können vor der großen Pause keinen Einlaß finden.

Eine Kundgebung für deutsche Geisteskultur veranstaltet im Plenarsaal des Reichstags am 22., abends 8 Uhr, das „Schutzkartell deutscher Geistesarbeiter", dem die großen Verbände der freien Berufe, der höheren Beamten und leitenden Angestellten angeschlossen sind. Der Reichskanzler Dr. Luther wird unter anderen eine Rede halten. Eintrittskarten sind zu erhalten am 22. von 10 bis 3 Uhr an der Kartenausgabe des Reichstags Portal V.

Resi Langer spricht am Sonntag, dem 21., abends 8 Uhr, im Grotrian-Steinweg-Saal, Bellevuestr. 14, Grotesken von Christian Morgenstern zu den Vertonungen von Dr. Stefan Meisel.

Die Else Laster-Schüler-Feier im Kleinen Theater findet am 26. als Nachtvorstellung um 10½ Uhr statt. Vorverkauf an der Tageskasse.

Corinth-Vortrag. Auf Einladung der Berliner Sezession spricht am 24., abends 8 Uhr, in den Räumen der Gedächtnisausstellung von Lovis Corinth, in der Berliner Sezession, Kurfürstendamm 232, der Biograph des Meisters, Prof. Dr. Georg Biermann, über Lovis Corinth. Der Vortrag wird von mehr als 60, zum Teil farbigen Lichtbildern begleitet sein, die u. a. zahlreiche Hauptwerke vorführen, die für die Gedächtnisausstellung der Nationalgalerie nicht zu bekommen waren. **Karten zum Vortrag in der Nationalgalerie und in der Berliner Sezession.**

Zeuge Zengen.

Die Propaganda-Abteilung der Arbeitgeberverbände.

In der heutigen Sitzung des Feme-Ausschusses des Preußischen Landtags wurde der ehemalige Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände, Hauptmann a. D. von Zengen, vernommen. Er war Leiter jener berüchtigten Propaganda-Abteilung, die u. a. die Beeinflussung der Arbeiterschaft durch unternehmerfreundliche Schriften betrieben hat. v. Zengen schildert die Hergabe des Darlehns von 5000 M. ziemlich übereinstimmend mit der Aussage seines ehemaligen Kollegen Dr. Meissinger. Malettke sei ihm persönlich bekannt gewesen und habe ihn um die 5000 M. angegangen für die Wirtschaftsstelle des Christlichen Landarbeiterverbandes. Einen Monat vorher aber hatte Meyer ihn ausdrücklich um den gleichen Betrag für den Fememörder Schulz gebeten. Malettke ist übrigens, wie hier durch eine Frage des Genossen Brandenburg festgestellt wurde, vor seiner Stellung im Christlichen Landarbeiterverband Geschäftsführer des Pommerschen Landbundes gewesen. Als v. Zengen in dem Weinrestaurant im Anschluß an das Gespräch mit Malettke nach den 5000 M. für Schulz gefragt hatte, habe v. Zengen nicht gewußt, daß er jenen für Schulz bestimmten Betrag meinte. Die Zusage, die er früher Meyer gegeben hat, daß er sich bei Privaten um das Geld für Schulz bemühen wolle, sei lediglich eine Höflichkeitsphrase gewesen, die Bitte des Meyer selbst sei für ihn damit erledigt gewesen. Malettke sei oft als Mittelsmann bemüht worden, um mit christlichen Gewerkschaftsführern das Wiederaufleben der Arbeitsgemeinschaft besprechen zu können.

An den Bericht des Herrn v. Zengen schließt sich ein sehr scharfes Frage- und Antwortspiel, an dem sich unsere Genossen Kuttner, Dr. Badt und Brandenburg wiederholt beteiligen. Der Zeuge selbst wirft in die Debatte, er habe ja nicht allein das Darlehen an Behrens, sondern auch an sozialdemokratische Herren Gelder gegeben. Als nun Kuttner ihn auf diese Behauptung hin stellt und danach fragt, ob er etwa die Herren Erdmann und Baumeister gemeint habe, kneift der Zeuge und will die Auskunft verweigern. Erst nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der schließlich die Frage als zulässig erklärt wird, bequemt sich Herr v. Zengen dazu, daß er für die Herausgabe sozialistischer Literatur, an der Sozialdemokraten wie Ebert und Nikisch mitgearbeitet hätten, Gelder an Erdmann gegeben habe. Da Kuttner schon vorher Mitteilung gemacht hat, daß Erdmann sich zwar zur Sozialdemokratie gerechnet habe, aber lediglich korrumpierende Absichten verfolgte, ist dieser Zwischenfall zunächst erledigt. Bei weiteren Fragen stellt sich heraus, daß die Arbeitgebervereinigung nach Aussage des Herrn v. Zengen auch ein Darlehen an die dem Hugenberg-Konzern nahestehende Deutsche Lichtbildgesellschaft gegeben und niedergeschlagen habe.

Im weiteren Verlauf kommt es zu scharfen geschäftsordnungsmäßigen Auseinandersetzungen, als v. Zengen wichtige an ihn gerichtete Fragen mit der Begründung ablehnt, sie gehörten nicht zum Verhandlungsthema. Genosse Kuttner weist darauf hin, daß in den 54 Sitzungen des Barmat-Ausschusses keiner der angegriffenen sozialdemokratischen Persönlichkeiten eine Aussage verweigert habe, während die Vertreter der Arbeitgebervereinigung in den wenigen Tagen der Vernehmung das immer wieder tun. Sogar der Zentrumsabgeordnete Schwering findet, daß in dieser Verweigerung von Aussagen System steckt. Auf Fragen des Genossen Badt, ob Karl Erdmann aus dem Arbeitszeitfonds der Unternehmer volle 106 000 Mark erhalten habe, gibt der Zeuge keine präzise Auskunft, ebenso auch nicht darauf, welche Beträge an das antikommunistische Bureau Kienzl bezahlt worden sind. Den Fragen, die sich auf die korrumpierende Tätigkeit der Arbeitgeberpropaganda beziehen, sucht Herr v. Zengen bezeichnenderweise dadurch auszuweichen, daß er die angeblichen Gewährsmänner der Presseveröffentlichungen zu diskreditieren sucht. Diese — er nennt den wegen Unterschlagung bestraften Kassierer Schubert und einen entlassenen früheren Mitarbeiter namens Mummert — hätten gegen ihn auch in seinem Bureau Stimmung gemacht. Diese Abwehr ist außerordentlich bezeichnend. Der verantwortliche Leiter der Arbeitgeberpropaganda scheint doch recht sonderbare Vorstellungen zu haben, wie eine verantwortliche Presse das ihr zugehende Material nachprüft. Jedenfalls haben doch schon die bisherigen Zeugenvernehmungen im Polizeipräsidium bewiesen, daß an den Angriffen der Presse gegen die Tätigkeit des Herrn v. Zengen mehr Wahres war, als die Propagandastelle monatelang eingestehen wollte.

Auf Einzelheiten der Verhandlung und die weitere Vernehmung wird im Morgenblatt noch einzugehen sein.

Sozialpolitik im Reichsrat.

Erwerbslosenfürsorge, Kurzarbeiterfrage. — Das Handelsabkommen mit Frankreich.

Der Reichsrat erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung einverstanden mit einer neuen Verordnung, wodurch die letzte Verordnung über Erwerbslosenfürsorge abermals in einem Punkte abgeändert wird. Die Verordnung enthielt die Bestimmung, daß nicht nur diejenigen Angestellten, die innerhalb der letzten zwei Jahre mindestens drei Monate lang krankenversicherungspflichtig beschäftigt waren, Anspruch auf Fürsorge haben sollten, sondern auch diejenigen, die innerhalb der letzten zwei Jahre sechs Monate lang eine solche Beschäftigung gehabt haben. Diese sechs Monate werden jetzt auf drei Monate herabgesetzt.

Auch das deutsch-französische vorläufige Handelsabkommen wurde angenommen. Namens der preußischen Regierung beantragte Staatssekretär Weismann folgende Entschließung: „Der Reichsrat richtet an die Reichsregierung den Wunsch, im Falle des nicht rechtzeitigen Abschlusses der Verhandlungen über einen allgemeinen Handelsvertrag von einer Verlängerung des vorliegenden Abkommens über die darin vorgesehene Geltungsdauer hinaus abzusehen." Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Dem Reichsrat ist eine Verordnung über Kurzarbeiterfürsorge zugegangen. Obwohl die Angelegenheit dringlich ist, ließ es sich noch nicht ermöglichen, sie schon in der heutigen Vollversammlung des Reichsrats zu erledigen. Es wurde aber auf Sonnabend eine Vollversammlung zur Erledigung dieser Angelegenheit anberaumt.

Zu der Berichtigung des Abg. Wulle in der Angelegenheit der Sammlung von Ruhrhilfsgeldern wird uns mitgeteilt, daß Herr Feige seine Angaben aufrecht erhält. Die Bank, um die es sich handelt, ist das Institut Rondorff, Jägerstraße 19. Im übrigen war nach diesen Mitteilungen Herr Feige nicht Botengänger, sondern Angestellter mit Monatsgehalt. Er ist nicht wegen Unredlichkeit, sondern wegen unentschuldigten Fernbleibens vom Dienst entlassen worden.

Günstiges Ergebnis der Pariser Luftkonferenz. Die Pressestelle der Deutschen Lufthansa teilt mit: Die letzte Sitzung der International Air Traffic Association in Paris brachte eine grundsätzliche Uebereinstimmung zwischen den Vertretern der deutschen, englischen und französischen sowie belgischen, holländischen, skandinavischen und anderen Luftverkehrsgesellschaften über das 1926 zu befliegende Streckennetz, vorbehaltlich eines günstigen Ergebnisses der schwebenden Regierungsverhandlungen über die Beseitigung der deutschen Luftfahrtbeschränkung.

Zwei Stadtinspektoren.

Zwei Stadtinspektoren, Schulz und Gerhard mit Namen, haben sich in der Steuerverwaltung der Kommune Groß-Berlin dergestalt betätigt, daß sie einige hunderttausend Reichsmark unterschlugen und sich verflüchtigten, als dicke Luft kam. Versetzen wir uns in ihre Haut!

Beide Männer sind jung an Jahren, zählen noch keine dreißig Lenze. Während des Krieges drücken sie die Bank einer Realschule, und sie ersitzen sich langsam, aber stetig den Nachweis der Primareife. Und eben dies wird ihnen zum Verhängnis: In dem Beruf des „mittleren Kommunalbeamten", den sie ergreifen, haben sie den Vorzug der sogenannten höheren Bildung, und nach den gesetzlichen Bestimmungen — auch das gehört zu den vielverrufenen „wohlerworbenen Rechten der Beamten"! — kommen sie bald in gehobene Stellungen. Die zuständigen Bürgermeister und sonstigen Vorgesetzten trifft kein Verschulden: Sie dürfen alte, pflichterprobte Beamte nicht zu Arbeiten so verantwortlicher und komplizierter Natur heranziehen, weil, mögen sie als Stadtsekretäre noch so bewährt sein, eine besondere Prüfung notwendig ist, um Inspektorendienste zu versehen. In ihrem Ressort, der Bearbeitung der Grunderwerbs- und Wertzuwachssteuer, sind große Geldbeträge den jungen Leuten handgreiflich nahe. Soll man zupacken?

Schulz und Gerhard sind beide schwarzweißrot bis auf die Knochen, sind leidenschaftliche Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei. Täglich lesen sie in ihren Leib- und Magenorganen, dem „Berliner Lokal-Anzeiger" oder der „Deutschen Zeitung", wie grenzenlos korrumpiert diese gottverfluchte jüdisch-marxistische Republik ist: Reichskanzler und Reichsminister, Regierungspräsidenten und Landräte, alle, mit Ausnahme der wenigen deutschnationalen „vaterländisch" gesinnten Koryphäen, sind verstrickt in ein unentwirrbares Netz von Bestechungen, Unterschlagungen und anderen gemeinen Verbrechen. (Mag sich hernach auch in jedem Einzelfall bei gerichtlicher Nachprüfung herausstellen, daß alles feiger und frecher Schwindel war: der Zweck wird erreicht, es bleibt doch etwas hängen, wie der Lateiner sagt!) Und Schulz und Gerhard, beide gleich unausgeglichen und unreif, sagen sich: „Wenn unsere höchsten Vorgesetzten stehlen und betrügen, warum sollen wir ehrlich bleiben? Wenn jene auf Kosten des Steuerzahlers prassen und schlemmen, warum sollen wir uns einschränken?"

Der erste Schritt wird getan, die erste falsche Buchung ist gemacht. Und man ist auf den Geschmack gekommen: Champagner schmeckt besser als helles Bier, und in einer luxuriösen Wohnung mit Diwanen und Teppichen lebt es sich bequemer als in den bescheidenen Heimen der Kollegen, die dumm genug sind, ehrlich zu bleiben. Man verbringt die Tage in Saus und Braus, heute im Sportpalast, morgen in Hoppegarten, übermorgen beim Ballfest im Adlon. „Bei Gott, das Leben ist doch schön!"

.... Bis der anonyme Brief kommt, bis etwas durchsickert, bis Revision und Entdeckung unvermeidlich sind. Der Boden wird glühend heiß, man sucht das Weite.

Aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie gefaßt werden: Sie sind keine geborenen Verbrecher! Man wird sie einsperren und aburteilen. Ihre Laufbahn ist aus.

Aber wird man auch ein System ändern, das auf Grund von „erreichten Bildungsstufen" Menschen in Stellungen beruft, denen sie sittlich nicht gewachsen sind? Und wird sich auch der noch unbelehrte Volksteil endlich von einer Presse abwenden, die gewissenlos gegen den Staat und seine Vertreter hetzt, ohne die Folgen verantworten zu können?

Das Wagnis, zu hoffen, ist schwer . . .

Die Unterschlagungen in Wannsee.

Veruntreuungen auch bei der Wannseer Gewerbebank.

Die Untersuchungen der Kriminalpolizei über die Veruntreuungen des Leiters der Wannseer Ortskrankenkasse, Viktor Schmutzky, der in Untersuchungshaft sitzt, haben dazu geführt, das Verfahren auch auf den Vater des Verhafteten, den bisherigen Kassierer bei der Wannseer Gewerbebank, sowie dessen Bruder, den Rentier Schmutzky, auszudehnen.

Wie jetzt feststeht, hat Schmutzky senior nicht nur um die Veruntreuungen seines Sohnes gewußt, sondern ihnen auch Vorschub geleistet. Schmutzky junior hat nämlich die Beträge, die von der Ortskrankenkasse statutenmäßig der Gewerbebank übergeben werden mußten, für sich verbraucht und hat durch seinen Vater Quittungen ausstellen lassen, deren Unterschrift der Vater fälschte. Auch in den Büchern der Gewerbebank wurden fingierte Buchungen vorgenommen, so daß die Ortskrankenkasse stets größere Guthaben bei der Bank besaß, die mit dem Soll-Bestand der Kasse genau übereinstimmten. Schmutzky sen. hat auch für die Ortskrankenkasse ein Sparkassenbuch ausgestellt, das über 10 000 M. lautete und hat in den Büchern der Bank die Krankenkasse für dieses Guthaben erkannt. Tatsächlich ist aber dieser Betrag ebenso wie 34000 Mark Beiträge niemals in die Kasse der Gewerbebank gelangt. Die Nachprüfung ist noch im Gange.

Einbruch in ein Krematorium.

Von Einbrechern wurde heute in früher Morgenstunde das Krematorium in Treptow-Baumschulenweg heimgesucht. Das an dem Wege nach Grünau gelegene Gebäude enthält im Obergeschoß die Wohnungen des Oberinspektors und des Inspektors, im Untergeschoß die Bureauräume. Der Inspektor hörte heute früh ein verdächtiges Geräusch und beobachtete noch, wie in der Dunkelheit ein Mann aus den Gartenanlagen verschwand. Er sah nach und stellte fest, daß aus den Bureauräumen eine 50×60 Zentimeter große Kassette verschwunden war. Die Einbrecher, die sie an Ort und Stelle wohl nicht öffnen konnten, hatten sie ganz weggeschleppt. Sie enthielt aber kein Geld, sondern nur Bücher, Scheine und einen Rundstempel des Magistratsbezirk 15 mit der Aufschrift „Krematorium".

Weiße Kohle in Bayern.

Ein technischer Kulturfilm der Bundesfilm A.-G., „Die weiße Kohle", der zurzeit in der Urania läuft, gibt einen großartigen Ueberblick über die gewaltige Energieaufspeicherung der bayerischen Wasserkraftwerke. Prof. Dr. ing. Ludin von der Technischen Hochschule Charlottenburg erläuterte eingehend ihren Bau und Betrieb. Die in den schlimmen Jahren von 1918 bis 1923 geleistete Arbeit ist enorm. Allein an der mittleren Isar waren 8000 Arbeiter beschäftigt. 600 000 Waggons Erde mußten umtransportiert, ein Fluß ausgeschöpft und verlegt, und die Kraftwerke auf eisernen Trägern, die tief in den Boden gerammt wurden, errichtet werden. Wie die Wildwasser eingefangen und in die riesigen Rohre gezwängt werden, die an den Berghängen wie Orgelpfeifen liegen, wie sie 200 Meter hinabschießen ins Kraftwerk, wo die Turbinen ihnen ihre Wucht entreißen und den Dynamomaschinen übertragen, das alles zeigt die kolossale Schönheit technischer Anlagen. Herrlich ist der Kanal an der Isar mit seinen 57 Brücken, und die Leerschüsse, die die überschüssigen Wassermengen aufnehmen, sind schöner als die Kaskaden der größten Wasserspiele. Mächtige Masten führen den gewonnenen Strom aus den Bergen um Walchen- und Kochelsee in das weite Land. Die drei Hauptwerke, Walchensee Kraftwerk, Innwerk und die Anlagen an der mittleren Isar zwischen München und Moosburg, produzieren jährlich 10 Milliarden Kilowattstunden, die das Bayernwerk bis nach Würtemberg, Franken und Sachsen trägt. Die Anlagen in Rheinfelden, des Frankenwerkes und der Werke des Braunkohlenbezirks in Sachsen schließen das mächtige Kraftnetz, das Oskar von Miller, der Gründer des Deutschen Museums, geplant hatte. Die Produktion der drei bayerischen Werke ist zwanzigmal so groß wie der Verbrauch von Groß-Berlin. 300 000 Eisenbahnwaggons Kohle wären nötig, um die 10 Milliarden Kilowattstunden zu erzeugen. Es wird nicht sehr schwer fallen, mit diesen verfügbaren Energien die bayerischen Bahnen zu elektrifizieren. Alles in allem ist der Film ein grandioser Beweis für die Leistungsfähigkeit deutscher Ingenieure.

Schulbegabung und Lebensbegabung.

Im „Institut für praktische Psychologie", Kurfürstendamm 45, sprach auf Einladung der Psychologischen Gesellschaft zu Berlin Rektor Paul Ruthe über das Thema: „Schulbegabung und Lebensbegabung". Der Redner wandte sich gegen die heutige Schulmethodik des Gedächtnistrainings und verlangte vor allem eine Schulung für das Lebensziel, die er in unserer Schule völlig vermißt. Es wäre sowohl verkehrt zu sagen, daß gute Schüler im Leben erfolglos sind als auch das Umgekehrte. Hier eine Norm aufzustellen, ist unmöglich. Rektor Ruthe wandte sich auch gegen die Vernachlässigung gewisser Nebenfächer im Schulwesen. So hält er Zeichnen z. B. für außerordentlich geeignet, die formale Bildung des Schülers zu pflegen. Der Redner gab dann Beispiele von Schülern, die es in der Schule zu nichts und im Leben zu sehr viel gebracht haben. (Der Botaniker Lenné, der Physiker Einstein.) Gute Schüler waren G. E. Lessing und der Mathematiker Gauß. Sie haben es trotzdem zu etwas gebracht. Der künstlerische und auch der politische Mensch wird in unserer modernen Schule völlig vernachlässigt. Der Utilitarismus in der Schule, der nur auf praktische Dinge Wert legt und Willens- und Charakterbildung hintanstellt, würdigt das Bildungswesen herab. In der Aussprache führte ein früherer Seemann aus, daß jene Boelitzsche Reform, nach der Leuten, die auf einem Spezialgebiet etwas Besonderes geleistet haben, auch ohne den üblichen Bildungsgang das Abituriantenexamen ermöglicht wird, praktisch kaum zur Geltung kommt. In Wirklichkeit fielen bei der Prüfung von sieben Leuten mindestens sechs durch. Der Staat gibt den Bildungshungrigen keine Gelegenheit, sich nach oben emporzuarbeiten. Geheimrat Moll, der Vorsitzende der Psychologischen Gesellschaft, stimmte dem zu und betonte, daß die Durchdringung der oberen Schichten mit frischem Blut die einzige Rettung Deutschlands sei. Die Führerklassen bezeichnete Moll als durchaus degeneriert und er verwies dafür auf den Adel.

Tierquälerei in einer Hundedressuranstalt.

Schon seit längerer Zeit gingen in Potsdam Gerüchte um, daß in der Blindenhundschule auf dem Bornstedter Feld Tierquälereien schlimmster Art vor sich gehen. Es kam so weit, daß die Dresseure, wenn sie sich mit den Hunden auf der Straße sehen ließen, das Publikum eine drohende Haltung gegen sie einnahm. Jetzt hat der Potsdamer Tierschutzverein geradezu unhaltbare Zustände in der Anstalt aufgedeckt. Tag und Nacht hörte man das Wimmern der Tiere, die Abrichter haben die Hunde mit Füßen ins Gesäß getreten, sie meterhoch an der Leine in die Luft herumgeschüttelt und zu Boden geworfen. Die Mißhandlungen hatten einen geradezu sadistischen Anstrich. Lehrer, Potsdamer Beamte und Ansiedler des Bornstedter Feldes haben sich der Polizei und der Staatsanwaltschaft als Zeugen erboten.

Unter den Rädern des Autos. Gestern abend gegen 8 Uhr wurde vor dem Hause Greifswalder Straße 98 ein etwa 25 Jahre alter Mann von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Die Feuerwehr schaffte den Verunglückten nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Auf dem Transport dorthin trat aber schon der Tod ein. Die Personalien des Toten sind bisher noch unbekannt. Der Chauffeur des Autos sowie die Nummer des Wagens sind gleichfalls noch unbekannt.

Zur Angelegenheit des ostpreußischen Schupotransportes, über die wir im Morgenblatt nach Angaben der „Volkszeitung" berichteten, ist festzustellen, daß für den Transport nicht das Innenministerium, sondern der Oberpräsident von Ostpreußen verantwortlich ist. Uebrigens sind, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, keine Beschwerden von seiten der Mannschaft erfolgt; sie soll sich sogar zum Teil anerkennend geäußert haben. Im übrigen läuft die Untersuchung noch. Auch die Allensteiner Vorkommnisse bei der Abfahrt unterliegen zurzeit genauerer Nachprüfung.

Auf dem Sport- und Werbeabend des Akademischen Ausschusses für Leibesübungen an der Handelshochschule sah man die erfreuliche Kehrseite der Medaille, deren andere Seite reaktionär aussieht. Ein Teil der Studentenschaft ist ehrlich bemüht, Kneipereien und Landesvaterstechen durch Ski- und Wanderfahrten und strenge sportliche Betätigung zu ersetzen. Es wurden recht anerkennenswerte Leistungen an Geräten und im Boxkampf geboten. Tänze und Keulenschwingen der Studentinnen weckten helle Freude. Professor Tießen begrüßte den vom Ministerium für Handel und Gewerbe erschienenen Ministerialdirektor v. Seefeld. Sportlehrer Fleischmann zeigte schöne Lichtbilder vom vorjährigen Skikursus am Arlberg.

Fahrpreisermäßigung in der Jugendpflege. Wie die Deutsche Reichsbahngesellschaft durch die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, haben die gelben Berechtigungskarten für die Fahrpreisermäßigung in der Jugendpflege bis zum 30. April d. J. Gültigkeit. Weitere Bekanntmachung wird in dieser Sache später ergehen.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, und **„Der Kinderfreund"** liegen der heutigen Postauflage bei.

„Musikalische Komödien" unter Mitwirkung von Dr. Erich Fischers Original-Ensemble gelangen auf Veranlassung des Volksbildungsamtes Kreuzberg am Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im Orpheum, Hasenheide, Ecke Gräfestraße, zur Aufführung. Auf dem Programm stehen Kleinopern von Haydn, Offenbach und Reichardt. Eintrittspreis einschließlich Programm 1 M., für Mitglieder und Jugendliche 75 Pf. Karten sind im Volksbildungsamt, Yorckstr. 11, Zimmer 136, und an der Abendkasse erhältlich.

Sport.

Eishockey Berlin—Warschau.

Die aus Stockholm heimkehrende polnische Eishockey-Städtemannschaft trat gestern im Sportpalast zu einem interessanten Eishockeymatch gegen die Eishockeyabteilung des „Charlottenburger Sport-Clubs" (SCC.) an. Die polnischen Studenten, die in ihrer flotten und guten Spielart bei den letzten Europameisterschaften über Erwarten gut abschnitten, waren gestern gegen den SCC. siegreich, wenn sie auch nicht ganz den gesetzten Erwartungen entsprachen. Der Kanadier Watson fungierte als Schiedsrichter. Die polnischen Studenten lieferten ein gutes Kombinationsspiel, ihre Verteidigung und vor allen Dingen der Torwächter waren vorzüglich. Nach der Pause konnten die polnischen Studenten noch vier weitere Tore schießen. Unter Beifall gelang es dann den Berlinern, nach einem gelungenen Durchbruch das einzige und Ehrentor zu landen. Der Torwächter war gut, sonst wäre die Torzahl für Warschau noch bedeutend größer gewesen. Warschau siegte also mit 7 : 1.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

97. Abt. Neukölln. Die Bezirksführer werden gebeten, am Sonnabend, den 20. Februar, abends 7 Uhr, beim Genossen Rohr, zu einer kurzen Besprechung zu erscheinen.

Jungsozialisten. Gruppe Neukölln I: Heute, Freitag, den 19. Februar, abends um 8½ Uhr im Jugendheim, [illegible] 11-12, und nicht um 7½. d. Vortragsabend über: Verfassungsgeschichte. Referent: Erwin Marquardt. — Gruppe Falkenberg: Sonnabend, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Jugendheim. Vortragsabend.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnabbau in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Halle, 19. Februar. (WTB.) Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hat das in den Tarifgebieten Halle, Magdeburg und Anhalt bestehende Lohnabkommen zum 6. März gekündigt, um einen durch die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse dringend notwendigen Lohnabbau vornehmen zu können.

*

Die Metallarbeiter werden zu diesem unsinnigen Vorhaben wohl noch ein Wort mitreden. Wenn die Metallbarone weiter nichts wissen, um der daniederliegenden Wirtschaft aufzuhelfen, sind sie zu bedauern.

Zur Delegiertenwahl im Sattlerverband.

In der Betriebsräteversammlung des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuiller-Verbandes am 18. Februar, hielt Kollege Willy Hoffmann einen Vortrag über die Betriebsrätewahlen. Besonders notwendig sei, die Formvorschriften des Gesetzes bei der Wahl zu beachten, da Verstöße gegen die Wahlordnung die Ungültigkeit der Wahl nach sich ziehen. Selbstverständlich für eine erfolgreiche Tätigkeit der Betriebsräte sei jedoch auch eine gute Schulung der Betriebsräte. Hierauf ersuchte Kollege Rosenthal, **bei der Wahl zum Verbandstag für die Liste Amsterdam** zu wirken. Der Kollege Müller griff das Flugblatt der Amsterdamer Richtung an. Darin wurde festgestellt, daß ein verantwortlicher Angestellter der Organisation auf einer Liste, die den Namen „Opposition" führt, kandidiert und somit seine eigene Tätigkeit in Mißkredit bringt. Kollege Müller (KPD.) stellte ausdrücklich fest, daß er alles, was die Kommunisten in ihrem Flugblatt bringen und was die „Rote Fahne" bringt, ablehne. Wie verträgt sich das mit der Tatsache, daß Müller auf der Liste der Kommunisten steht? Kollege Ehrhoff zerpflückte das Flugblatt der Kommunisten und wies nach, daß es nur so von Unwahrheiten wimmelte. Denn wenn den „Reformisten" der Vorwurf gemacht wird, sie haben den Streik der Tapezierer behindert, so sei festgestellt, daß während des siebenwöchigen Streiks der Kollege Hegenbart, der auf dem Flugblatt der Kommunisten stolz als 1. Branchenleiter bezeichnet wird, nicht ein einziges Wort gesagt habe. Hegenbart mußte dies zugeben und der 2. Branchenleiter, Kollege Hoffmann, bestätigte diese Tatsache. Die persönlichen Angriffe des Kollegen Müller auf den Kollegen Köring beantwortete dieser mit solch' guten Argumenten, daß dem Kollegen Müller in seiner Erwiderung plötzlich die Sprache versagte.

Nun bringt heute die „Rote Fahne" die Mitteilung, daß der „Vorwärts" die Liste der Kommunisten als Liste Moskau bezeichnet hat. Wir stellen fest, daß diese Bezeichnung der Kollege Müller als Spitzenkandidat dieser Liste selbst gewählt hat und auch der Fachzeitung das Inserat mit der Bezeichnung Moskau übermittelte. Wo die Demagogie ist, kann wohl jeder selbst beurteilen.

Wir fordern unsere Kollegen auf, zum Verbandstag **nur die Kandidaten der Liste Amsterdam** zu wählen. Sämtliche Kandidaten sind langjährige Funktionäre der Organisation und bieten somit die beste Gewähr zu einer erfolgreichen Tätigkeit auf dem Verbandstag im Interesse der Gesamtkollegenschaft.

Verständigung mit der Firma Julius Scheibe.

Am 1. Februar brachte der „Vorwärts" mit der Ueberschrift: „Ein netter Betrieb" eine Beschwerde über die Arbeitszeitverhältnisse und Lohnkürzungen bei der Firma Julius Scheibe G. m. b. H., Berlin-Britz. In einer daraufhin erfolgten Erklärung der Firma am 4. Februar wurde die Beschwerde in der Hauptsache anerkannt, jedoch in ein besseres Licht gerückt.

Die Angelegenheit war nunmehr Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen. Die Verhandlungen führten zu einer Verständigung. Die Leistungszulagen werden weiterhin bezahlt, und die tarifliche achtstündige Arbeitszeit durchgeführt. Die übrigen in der Beschwerde erwähnten Mißstände sollen, soweit die ungünstige Lage des Grundstückes es zuläßt, einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Die Betriebsleitung erklärt, daß sie bei dem Neubau des Werkes den Erfordernissen der Neuzeit in moderner und technischer Hinsicht Rechnung tragen wird. Durch bessere Ausnutzung der Räumlichkeiten würde dann auch die Ueberarbeit nicht mehr notwendig sein.

Bezüglich des Werkmeisters Heide wird der Vorwurf der Unterstützung der Betriebsleitung bei ihren Maßnahmen zur Nichtbeachtung der tariflichen Abmachungen zurückgenommen, da diese Behauptung auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhte. Weiter versichert die Betriebsleitung, daß sie bestrebt sein wird, mit dem neugewählten Betriebsrat in loyaler Weise zusammen zu arbeiten.

Jahresversammlung der Schuhmacher.

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher hatte am Mittwoch im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung. Zunächst gab der Kassierer Böhler den Kassenbericht für das Geschäftsjahr 1925. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse balancieren mit 45 610,49 M., die der Hauptkasse mit 101 469,15 M. Dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, der vom 1. Bevollmächtigten Hörtz ergänzt wurde, entnehmen wir: Gestreikt wurde in 33 Betrieben mit 744 Beschäftigten. Von diesen Streiks waren nur zwei erfolglos, in allen übrigen Fällen wurde ein voller oder teilweiser Erfolg erzielt. Die dabei erreichte Lohnerhöhung beträgt für 464 Arbeiter 955 M. in der Woche. Der Mitgliederstand hat sich von 3820 am Schlusse des Jahres 1924 auf 4037 erhöht. Arbeitslos waren im Januar 1925: 920 männliche, 216 weibliche Mitglieder, im Dezember 2614 männliche und 1023 weibliche. Von insgesamt 110 Fabrikbetrieben mit etwa 7000 Arbeitern blieben infolge Konkurses und Stillegung nur noch 52 Betriebe mit rund 3100 Arbeitern übrig. Davon arbeiteten am Jahresschluß nur noch 16 Betriebe mit 1277 Beschäftigten voll, die übrigen bis zu 24 Stunden und darüber verkürzt. Hörtz berichtete weiter, daß jetzt einzelne Betriebe wieder die Produktion aufnehmen, die Gelegenheit aber benutzen wollen, die neueinzustellenden Arbeiter zu untertariflichen Löhnen zu beschäftigen. Er ermahnte die Versammelten, diesen Absichten energisch entgegenzutreten, da es Monate dauern würde, um die so schwer erkämpften Löhne wieder durchzusetzen, wenn sie abgebaut würden. Nach ausgedehnter Diskussion wurden die sechs unbesoldeten Mitglieder der Ortsverwaltung, die Beschwerde- und die Jugendkommission nach den Vorschlägen der Versammlung gewählt.

Die französischen Gewerkschaften gegen die Inflation.

Paris, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsverband hat an die einzelnen ihm angeschlossenen Gewerkschaften ein Manifest gerichtet, in dem die sofortige Stabilisierung des Frank gefordert wird. Die Berechnung der Löhne auf Goldbasis wird als gefährliche Täuschung abgelehnt und auch eine den steigenden Lebenshaltungskosten folgende Gehaltsskala nur als Schutz gegen eine langsam fortschreitende Geldentwertung bezeichnet. Ohne Stabilisierung der Währung, so heißt es in dem Manifest weiter, sei auch die angestrebte Balanzierung des Budgets illusorisch.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9—3 Uhr und 5—7 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Ischias ... Ärztl. empfohlen.

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Bähr-Stiefel
(früher Bärenstiefel)
Sportstiefel 13.–, 12.50, 11.50 7^{50}
Haferlschuhe 14.50, 12.50, 9.50
Jetzt Sonderangebote
bei **H. Bähr**, Spittelmarkt 7

Fritz Raumer
Neukölln, Reuterstraße 53
die billige Bezugsquelle für
Leib- Bett- Wäsche
Wäschestoffe jeder Art.

Berliner-Elektriker-Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 6525 u. 6526 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Wohlfeile Woche.

Wilhelm Joseph
Berlin, Großgörschenstr. 1 :: Schöneberg, Hauptstr. 163

Als führendes **Kaufhaus Schönebergs** kommen in dieser Woche wohlfeile Waren aus allen Abteilungen zum Verkauf, die sich durch ihre Preiswürdigkeit ganz besonders zum Einkauf eignen. Seit 1892 **„Das Haus der guten Qualitäten und der billigen Preise"**. Mit diesem Verkauf ist der Beweis meiner **Leistungsfähigkeit** aufs neue erbracht, um so mehr, als durch den Umbau mein Kaufhaus allen Anforderungen der Neuzeit entspricht.

Seidenstoffe
Crêpe de Chine in allen modernen Farben, Mtr. 5^{90}
Duchesse 85 cm breit, reine Seide, für Mantelfutter, Mtr. 4^{95}
Crêpe marocaine K'seide, 100 cm breit, Mtr. 3^{95}
Bastseide 80 cm breit, naturfarbig, sehr dauerhaft, Mtr. 2^{95}
Wasch-Seide in neuester Musterung, kariert u. gestreift, Mtr. 1^{95}

Damen-Hüte
Flotter Seidenhut mit Schnalle in allen mod. Farben 3^{95}
Bandhut sehr flott, in modernen Farben 5^{50}
Fescher Bandhut zweifarbig, kombiniert 6^{50}
Hut sehr flott garniert, Picotrand mit Bandkopf 8^{50}
Hut sehr flott, aus Marocaine mit Picotkopf 9^{50}

Konfektion
Schottenkleid aus Crêpe marocaine 5^{75}
Taftschottenkleid reine Wolle, sehr kleidsame Form 8^{95}
Backfischkleid reine Wolle aus Rips u. Epingle 14^{25}
Unterkleider Kunstseiden-Trikot 2^{25}
Jumper mit kurzem Arm aus Crêpe marocaine 2^{95}

Kleiderstoffe
Gabardine 130 cm br., reine Wolle, marine, braun u. schwarz, Mtr. 3^{95}
Jacquard 100 cm br., das moderne Frühjahrskleid, Mtr. 2^{95}
Crêpe marocaine reine Wolle, aparte Muster 2^{49}
Crêpe-Schotten in schöner Ausführung hell- u. dkl.-grundig, Mtr. 1^{45}
Tuch-Schotten reine Wolle, jetzt nur 1^{45}

Für die Einsegnung.

Popeline-Kleid aus reiner Wolle mit leichter Glocke und Tressen-Garnierung 10^{75}
Rips-Popeline-Kleid aus reiner Wolle mit durchgehenden Plisseefalten und Spangenschluß 19^{50}
Crêpe de chine-Kleid aus reiner Seide mit neuem Schürzenteil und Perlbesatz 24^{50}

Damen-Wäsche
Taghemd Trägerform, aus Renforcé m. Klöppelspitze 1^{65}
Taghemd Achselschluß, aus la Wäschestoff mit Stickerei-Ansatz 1^{95}
Nachthemd aus gutem Wäschetuch mit breitem Stickerei-Ansatz 2^{95}
Beinkleid Knieform, aus kr. Wäschestoff mit Languette 95 Pf.
Prinzeßrock aus Wäschebatist mit Valenciennes-Spitze 3^{95}
Prinzeßrock aus Makobatist mit eleganter Tüllstickerei 5^{90}
Garnitur Hemd und Beinkleid aus Wäschebatist mit Valenciennesspitzen 4^{95}
Hemdhose Windelform, aus feinfäd. Wäschestoff mit Klöppelspitze 2^{95}
Damen-Unterhemdch. weiß, gewirkt 85, 68 48 Pf.
Damen-Schlüpfer K'Seide in schönen Farben 1^{95}
Kinder-Schlüpfer in neuesten Farben .. 98 68 Pf.
Büstenhalter aus gutem Wäschestoff 95, 78 48 Pf.
Hüfthalter mit Gummi-Ansatz, verschiedene Farben 1.95 1^{45}

Damen-Strümpfe
Prima Seidenflor in den neuesten Farben 1^{45}
Damen-Strümpfe Baumwolle ... 98 Pf. 78 Pf.
Herren-Einsatz-Hemden angestaubt ... 2.85, 1.95 1^{45}
Herren-Garnituren farbig ... 4.95 4^{45}
Damen-Schürzen gestreift und gemustert 1.95, 1.35 95 Pf.
Kinder-Schürzen in verschiedenen Längen 1.35, 95 Pf. 78 Pf.
Prima Sport-Wolle in vielen Farb., ca. 100 g 1^{15}
Strick-Wolle schwarz und grau, ca. 100 g .. 85 Pf.
Handarbeiten vorgezeichnet .. 98 Pf., 75 Pf. 48 Pf.

Hauswäsche
Bettgarnituren 1 Deckb., 2 Kissen, aus gutem Linon 13.50 11^{80}
Bettgarnituren 1 Deckbett, 2 Kissen, aus Damast und Dimiti .. 22.50 19^{50}
Bettlaken volle Breite, 2.10 Mtr. lang, aus la Haustuch und Dowlas ... 4.95 4^{95}
Handtücher Drell und Gerstenkorn, mit und ohne Kante ... 1.10 88 Pf.
Wischtücher rot und blau ... ½ Dtz. 2.45 1^{45}
Wäschestoffe 80 cm breit, in erprobt guten Qualitäten ... 85 Pf. 68 Pf.
Louisianatuch Deckbettbreite, in verschieden. Fadenstärken, Mtr. 1^{95}
Inlette garantiert federdichte und farbechte Qualitäten, 130 cm breit 3^{80}
Tischtücher mit Hohlsaum in Mako u. Halbleinen-Qualität ... 4.95 3^{25}

Taschentücher
Konfirmandentücher mit reicher Spitzenkante ... 1.45 95 Pf.
Damentücher la Mako, mit Hohlsaum und bestickter Ecke ... 65 Pf. 42 Pf.
Herrentücher la Mako, mit Hohlsaum 75 Pf. 55 Pf.
Herrentücher 45 cm groß, rein Leinen 1.30 95 Pf.
Kindertücher Batist mit bunter Kante 12 Pf. 8 Pf.

Handschuhe
Damen-Handschuhe farbig, Schweden-imitat, guter Sitz 95 Pf.
Damen-Handschuhe Schweden-Imitat, letzte Neuheit 1^{25}

Schirme
Moderne Topfform prima Halbseide 6^{75}
Damenschirm elegante Ausführ., reine Seide, mit kleinen Fehlern 10^{50}

In meinem Spezialhaus für **Gardinen — Teppiche:**
Etamine-Halbstores mit echten Filet-Motiven oder Einsätzen 5^{50} 7^{50} 9^{50}
Künstler-Garnituren 2 Flügel, 1 Behang 2^{50} 3^{50} 4^{50}
Bettdecken 3teilig, Tüll und Etamine 3^{50} 4^{50} 5^{50}
Vorlagen, waschbar ca. 60/100 3^{50} ca. 60/120 4^{50}

Großer Spitzenverkauf für Wäsche u. Gardinen.
Serie I Meter 9 Pf. 12 Pf. 18 Pf.
Serie II Meter 23 Pf. 28 Pf. 38 Pf.